

Umfrage enviaM-Gruppe: Klimaschutz ist für Deutsche trotz Corona-Krise dringendste politische Aufgabe

Der Klimaschutz bleibt für die Deutschen auch in Zeiten der Corona-Krise sehr wichtig. Er ist für die Bevölkerung trotz der Pandemie die mit Abstand dringendste politische Aufgabe. Rund 40 Prozent der Bundesbürger meinen, dass bei der Bekämpfung des Klimawandels rasch etwas passieren muss. Mit deutlichem Abstand folgen soziale Absicherung und Arbeitsplatzschaffung auf den beiden nächsten Plätzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage des IMK Instituts für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung im Auftrag der enviaM-Gruppe.

Das verbreitete Vorurteil, dass die Ostdeutschen Klimaschutzgegner sind, wird durch die Umfrage eindeutig widerlegt. Für 63 Prozent der Ostdeutschen und 66 Prozent der Westdeutschen hat der Klimaschutz auch in Zeiten der Pandemie eine hohe Wertigkeit. Das Klischee, dass die Ostdeutschen am Klimaschutz nur wenig interessiert sind, ist damit unzutreffend.

„Der Klimawandel steht für die Deutschen in Ost und West ungeachtet der Corona-Krise gleichermaßen im Brennpunkt. Die Forderung lautet, hier so rasch wie möglich zu handeln. Dies ist eine klare Ansage an die Politik. Sie zeigt, wie ernst die Bevölkerung das Thema Klimaschutz nimmt“, betont der enviaM-Vorstandsvorsitzende Dr. Stephan Lowis.

Klimapaket reicht nicht aus

Die aktuelle Klimapolitik bewerten die Ostdeutschen kritisch. 55 Prozent der Befragten halten das Klimapaket der Bundesregierung für unzureichend. Nur 18 Prozent stufen die vereinbarten Maßnahmen als ausreichend ein. Bemerkenswert ist der hohe Bekanntheitsgrad. Nur 17 Prozent haben vom Klimapaket noch nie etwas gehört.

Bepreisung von CO2-Emissionen beim Heizen und Fahren unpopulär

32 Prozent der Ostdeutschen halten nichts davon, den Ausstoß von klimaschädlichen CO2-Emissionen beim Heizen und Fahren zu bepreisen, wie es das Klimapaket vorsieht. 34 Prozent haben keine Vorstellung, was ein angemessener CO2-Preis sein könnte.

„Die Ostdeutschen wollen mehr Klimaschutz. Ihnen ist aber offensichtlich nicht klar, warum CO2 einen Preis braucht, wie hoch er sein sollte und wofür das Geld verwendet wird. Die Bundesregierung sollte die Bevölkerung deshalb stärker über den Nutzen des CO2-Preises aufklären. Ansonsten besteht die Gefahr, dass ihre Klimapolitik von den Wählern abgelehnt wird“, unterstreicht Lowis. „Ein angemessener CO2-Preis für alle Energieträger und eine Entlastung des klimafreundlichen Stroms sind entscheidende Erfolgsfaktoren für den Klimaschutz. Nur dadurch kann der Umstieg auf CO2-arme Energieträger und effiziente Stromwendungen erreicht werden. Das Klimapaket stellt dafür die grundlegenden Weichen. Es legt erstmals CO2-Preise für den Wärme- und Verkehrssektor fest.“

CO2-Preis zeigt beim Fahren größere Wirkung als beim Heizen

Die mangelnde Akzeptanz des CO2-Preises zeigt sich vor allem im Wärmesektor. Die im Klimapaket vereinbarte Erhöhung der Kosten für Öl- und Gasheizungen stößt bei den Ostdeutschen auf ein gespaltenes Echo. 32 Prozent der Befragten beabsichtigen, künftig weniger zu heizen. Allerdings geben auch 30 Prozent an, ihre Heizgewohnheiten nicht ändern zu wollen. 9 Prozent planen, in eine neue Heizung zu investieren.

Wie die Wärmewende ist auch die Verkehrswende grundlegender Bestandteil der Energiewende. Anders als im Wärmesektor zeigt der CO2-Preis im Verkehrssektor bei den Ostdeutschen deutlich mehr Wirkung. Die im Klimapaket beschlossene Erhöhung der Benzin- und Flugpreise und Senkung der Bahnpreise im Fernverkehr führt bei den Bürgern zu einer Änderung des Mobilitätsverhaltens. 32 Prozent der Befragten geben an, künftig weniger zu fliegen. 31 Prozent wollen ihr Auto häufiger stehen lassen; 30 Prozent öfter die Bahn nutzen.

Kaufprämie für Elektroautos lockt nur wenige

Ein wesentlicher Treiber der Verkehrswende ist die Elektromobilität. Die Mehrheit der Deutschen bleibt hier skeptisch. Die im Konjunkturpaket der Bundesregierung vereinbarte

Erhöhung der Kaufprämie motiviert nur wenige Bundesbürger zum Umsteigen auf ein Elektroauto. Weniger als 15 Prozent der Bevölkerung reizt die finanzielle Förderung, sich für ein entsprechendes Fahrzeug zu entscheiden. 51 Prozent der Befragten können Elektroautos nach wie vor nichts abgewinnen.

Senkung der EEG-Umlage Tropfen auf den heißen Stein

Im Konjunkturpaket ist auch eine Senkung der EEG-Umlage für die Jahre 2021 und 2022 festgelegt worden. Die Mehrheit der Deutschen hält diese für unzureichend, um den Anstieg der Strompreise zu dämpfen. Mehr als 60 Prozent der Bundesbürger sehen dies so.

„In Zeiten der Corona-Krise ist es sehr wichtig, dass die Stromverbraucher entlastet werden. Die im Konjunkturpaket beschlossene Senkung der EEG-Umlage ist dringend notwendig. Ansonsten hätte 2021 ein starker Anstieg gedroht. Wir hätten uns allerdings eine sehr viel deutlichere Verringerung und Deckelung der EEG-Umlage gewünscht. Leider hat es dafür nicht gereicht. Wir bleiben dran“, so Lowis weiter. „Wir sehen außerdem in der Einführung zeitvariabler Netztarife ein sehr großes Potenzial. Denn mit ihnen können Stromkunden zusätzlich Stromkosten sparen, gleichzeitig etwas für den Klimaschutz tun und darüber hinaus das Netz stabilisieren.“

Klimaleugner stoßen auf wenig Anklang

Leugner des Klimawandels finden bei den Bundesbürgern wenig Gehör. Für die Mehrheit der Bevölkerung steht fest, dass es den Klimawandel gibt und der Mensch dafür verantwortlich ist. 55 Prozent der Deutschen sind dieser Ansicht. Auffällig in Ostdeutschland ist ein Stadt-Land- und Generationen-Gefälle. Menschen in Großstädten und jüngere Befragte sind sehr viel häufiger dieser Auffassung als Menschen in ländlichen Gemeinden und ältere Befragte.

Persönlicher Beitrag zum Klimaschutz wird gering eingestuft

Rund 90 Prozent der Deutschen sind optimistisch, dass der Mensch die Folgen des Klimawandels noch begrenzen kann. Allerdings meinen 67 Prozent der Befragten, dass sie den Klimawandel durch ihr persönliches Handeln nur geringfügig beeinflussen können.

„Dass die Bürger ihren persönlichen Einfluss auf den Klimawandel derart gering einschätzen, gibt zu denken. Jeder von uns kann etwas für den Klimaschutz tun. Wir müssen raus aus der Komfortzone. Politik und Wirtschaft sollten die Bevölkerung noch besser aufklären und zum Handeln bewegen“, sagt Lowis.

Hintergrundinformationen

Die Klimaschutzumfrage der enviaM-Gruppe wurde vom IMK Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung, Erfurt, Anfang Juli 2020 als Online-Befragung durchgeführt. Angesprochen wurden jeweils 1.000 Ostdeutsche und 1.000 Westdeutsche ab 18 Jahren. Die Repräsentativität ist durch Quotenvorgaben (Bundesland, Geschlecht, Alter) und Gewichtung sichergestellt. Die vollständigen Ergebnisse sind unter <https://www.enviam-gruppe.de/presse/pressemitteilungen/2020> abrufbar.

Pressekontakt

Stefan Buscher

Pressesprecher

envia Mitteldeutsche Energie AG

T 0371 482-1744

E Stefan.Buscher@enviaM.de

I www.enviaM-gruppe.de/presse

<https://blog.enviam.de/>

www.facebook.com/enviaM

www.twitter.com/enviaM

www.instagram.com/enviam_gruppe/

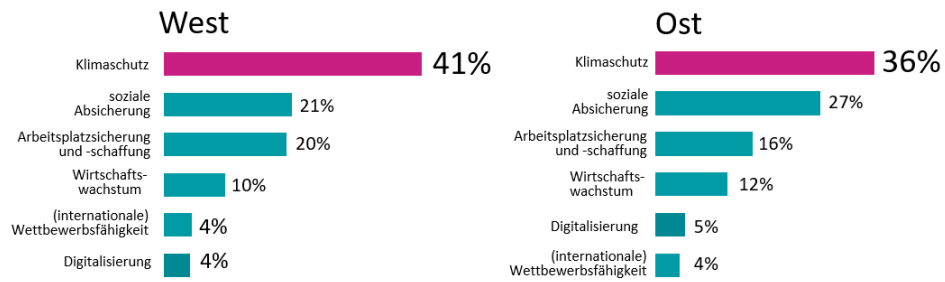
www.linkedin.com/company/envia-mitteldeutsche-energie-ag

www.xing.com/companies/enviam-gruppe

Hintergrund

Die enviaM-Gruppe ist der führende regionale Energiedienstleister in Ostdeutschland. Der Unternehmensverbund versorgt mehr als 1,3 Millionen Kunden mit Strom, Gas, Wärme und Energie-Dienstleistungen. Zur Unternehmensgruppe mit rund 3.300 Beschäftigten gehören die envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM), Chemnitz, sowie weitere Gesellschaften, an denen enviaM mehrheitlich beteiligt ist. Gemeinsam entwickeln sie das Internet der Energie in Ostdeutschland. Anteilseigner der enviaM sind mehrheitlich die E.ON SE sowie rund 650 ostdeutsche Kommunen. Die Anteilseigner sind sowohl unmittelbar als auch mittelbar über Beteiligungsgesellschaften an enviaM beteiligt.

Klimaschutz mit Abstand dringendste politische Aufgabe



Fragestellung: Ordnen Sie bitte die folgenden politischen Handlungsfelder nach ihrer Dringlichkeit. Setzen Sie bitte das dringendste Handlungsfeld an Stelle 1.